

Holzarbeiterzeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitervermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzeile. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Kölnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 34

Berlin, den 20. August 1932

40. Jahrgang

Auf dem Wege zum allgemeinen Wahnsinn

Benito Mussolini, der italienische Diktator, hat kürzlich in bezug auf die internationale Wirtschaftspolitik gesagt: „Ich frage mich, ob wir uns nicht auf dem Wege zum absoluten und allgemeinen Wahnsinn befinden.“

Uns will scheinen, daß diese Frage nicht nur international, sondern auch national zu stellen ist. In Italien beispielsweise ist sie schon seit Jahren, seit der Faschist Mussolini am Staatsruder sitzt, berechtigt und mit Ja zu beantworten. Jetzt sind wir leider auch in Deutschland bald soweit. Wie sieht es hier in der hohen Politik aus?

Die Reichstagswahlen am 31. Juli haben der Regierung Papen-Schleicher keine Mehrheit gebracht. Sie hat nach den Spielregeln der Demokratie also abzutreten oder sich so umzubilden, daß sie im Reichstag eine arbeitsfähige Mehrheit findet. Gern tut sie weder das eine noch das andere, am liebsten bliebe sie als „Präsidentenregierung“ weiter im Amt. Davon will indessen keine der maßgebenden Parteien etwas wissen. Sie muß also versuchen, sich „umzubilden“. Dieser Akt ist bei der Drucklegung dieser Zeilen in vollem Gange.

Die Entscheidung über die Zusammensetzung der neuen Reichsregierung liegt politisch bei den Nazis und dem Zentrum. Ist zwischen beiden über die Bildung und das Programm einer Regierung eine Verständigung möglich? Zur Stunde liegen die Dinge so: Die Nazis lehnen jede Koalition mit dem Zentrum ab. Sie fordern die ganze Macht. „Durch den Ausfall der Reichstagswahlen ist der Wille des Volkes“ heißt es in einer Veröffentlichung der Nazipartei, „der die nationalsozialistische Bewegung endlich an der Führung des Staates sehen will, erneut bestätigt und eindeutig festgestellt worden.“ So liegen die Dinge glücklicherweise nicht. Von den 607 Abgeordneten haben die Nazis 230, es fehlen ihnen mithin noch 74 an der Mehrheit. Es kann keine Rede von einer „Beauftragung Hitlers zur Regierungsübernahme durch das Volk“ sein. Im Gegenteil: Die Mehrheit des deutschen Volkes will nach wie vor von einer Naziregierung nichts wissen.

Die Nazis wollen aber regieren und sie drohen mit schweren Kämpfen, wenn ihnen die ganze Regierungsmacht nicht sofort ausgeliefert wird. „Entweder man betraut Adolf Hitler mit der Führung der Regierung oder die Nationalsozialistische Partei sieht sich genötigt, den schärfsten Kampf gegen die Regierung aufzunehmen. Ein Mittelding gibt es nicht“, schreibt das Berliner Nazi-Blatt, „Der Angriff“.

Die Ernennung des Reichskanzlers ist nach der Reichsverfassung Sache des Reichspräsidenten. Bisher heißt es, daß Hindenburg den Hitler mit der Regierungsbildung nicht beauftragen werde, es sei denn, daß er eine parlamentarische Mehrheit finde. Zu dieser Mehrheit braucht er vor allem das Zentrum. Obwohl Hitler wiederholt öffentlich erklärt hat, daß er mit dem Zentrum auf keinen Fall eine Regierung bilde, lehnen die Zentrumsführer ein parlamentarisches Zusammenarbeiten mit der Nazipartei nicht grundsätzlich ab. In den Verhandlungen mit dem Reichskanzler v. Papen haben sie eine Verständigung mit den Nazis davon abhängig gemacht, daß diese sich zur „strikten Innehaltung der verfassungsmäßigen Wege und Methoden verpflichten und die neue Reichsregierung mit der Volksvertretung loyal zusammenarbeiten“. Wenn die Nazis diese Verpflichtung übernehmen, dann fordert die Zentrumspartei „die offene und volle Mitverantwortung der Nationalsozialisten an den Regierungsgeschäften“. Das heißt, einige Nazis sollen Reichsminister werden. Eine Diktaturregierung der Nazis lehnt die Zentrumspartei aber mit aller Entschiedenheit ab.

Die Bereiterklärung des Zentrums, mit den Nazis gemeinsam eine Reichsregierung zu bilden, hat die Naziführer offensichtlich in Verlegenheit gebracht. Nachdem der Reichskanzler von Papen am 11. August mit den Zentrumsführern verhandelt hatte, sollte am 12. August eine Besprechung mit Hitler folgen. Dieser hat jedoch im letzten Augenblick abgesagt. Er witterte anscheinend Gefahr. In der Öffentlichkeit fordern die Nazis laut und unter fürchterlichen Drohungen die „ganze Macht“, daheim im „Braunen Haus“ sind sie sich aber längst darüber klar, daß sie dieses Ziel weder jetzt noch jemals später erreichen. Wollen sie mitregieren, so stehen sie jetzt vor zwei Möglichkeiten: Entweder sie beteiligen sich an der vom Zentrum vorgeschlagenen Koalitionsregierung oder an der Umbildung der heutigen „Präsidentenregierung“. Bei der Entscheidung über diese Möglichkeiten gibt es für die Nazis keine grundsätzlichen Erwägungen, sondern nur solche des besseren Geschäfts. Von den Naziführern denkt doch keiner daran, wenn er Reichs- oder Landesminister wird, das durchzuführen, was sie ihren Wählern versprochen. Ihr Denken und Trachten gilt ganz anderen Posten. Wer ihnen in dieser Beziehung am meisten bietet, mit dem machen sie gemeinsame Sache.

Wie der Regierungskühhandel enden wird, läßt sich im Augenblick

noch nicht übersehen. Es ist möglich, daß beim Erscheinen dieser Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ die Entscheidung schon gefallen ist.

Adolf Hitler ist dann vielleicht Reichskanzler. Derselbe Adolf Hitler, der im Jahre 1923 dem bayerischen Ministerpräsidenten sein Ehrenwort gab, das er wenige Tage später gebrochen und dessen er sich nachträglich noch gerühmt hat. Derselbe Adolf Hitler, der wiederholt öffentlich erklärt hat, wenn er zur Macht komme, würden „Köpfe rollen“.

Und Gregor Strasser ist vielleicht Reichsinnenminister. Derselbe Gregor Strasser, der im Reichstag wiederholt erklärt hat, er „werde jedes Ehrenwort brechen, wenn es ihm politisch zweckmäßig erscheine“. Derselbe Gregor Strasser, der vor

einigen Monaten in einer Stuttgarter Versammlung sagte: „Wir werden unsere Macht rücksichtslos ausnutzen, und wenn wir bis an die Knie im Blut waten, so haben wir es haben wollen.“

Und Dr. Frick ist vielleicht Reichsjustizminister. Derselbe Dr. Frick, der am 30. Oktober 1931 in einer Versammlung in Frankfurt a. d. O. erklärte: „Nach unserer Machtergreifung werden wir den Marxismus in Deutschland mit Stumpf und Stiel ausrotten, wobei einige zehntausend sozialistische Funktionäre zu Schaden kommen könnten.“

Solche Leute können heute in Deutschland Reichsminister werden! Wahrhaftig: Deutschland ist auf dem Wege zum absoluten und allgemeinen Wahnsinn!

Burgfrieden mit Mord und Totschlag

Nach den Notverordnungen der Regierung Papen-Schleicher ist Burgfriede in Deutschland. Mit der ersten Stunde des 1. August ist er gesetzlich in Kraft getreten. Das war für die SA-Banden der Nazis das Signal für eine seitdem ununterbrochene Kette von Attentaten auf Leben und Eigentum ihrer politischen Gegner. Im Zeichen des Burgfriedens knallen die Revolver, blitzen die Dolche, krachen die Bomben, splintern die Benzinflaschen, bersten die Mauern, schreien die Verwundeten und stöhnen die Sterbenden. Es fehlt bisher noch an einer lückenlosen Übersicht über die Zahl der Attentate und die ihrer Opfer. Aber das ist sicher: viele sozialdemokratische und kommunistische Arbeiterfrauen trauern um den Mann, viele Kinder um den Vater, viele Eltern um den Sohn. Ihre Lieben wurden meuchlings gemordet auf der Straße, in der Wohnung, im Bett. Gemordet von vertierten Menschen in SA-Uniform. Es hat lange gedauert, bis diese Wahrheit an den Tag kam, für immer ließ sie sich aber doch nicht vertuschen. In allen bisher geklärten Attentaten auf Sozialdemokraten und Kommunisten mußte die Polizei feststellen: Die Täter waren Nationalsozialisten!

Und auch das steht fest: Die Aktion der SA-Banden ist planmäßig vorbereitet gewesen. Sie war als der Anfang des „Dritten Reiches“ gedacht. Die Naziführer hatten fest damit gerechnet, daß sie am 31. Juli die Mehrheit der Reichstagswähler hinter sich haben würden. Im Augenblick, da dies feststand, sollten die SA-Männer ihr Amt als „Erzieher und Richter des deutschen Volkes“ antreten. Es kam anders: Die Nazipartei erhielt nicht die Mehrheit, fast 63 Prozent der Wähler stimmten gegen sie. Das war für die SA-Banden und ihre Führer eine schwere Enttäuschung. Im allgemeinen fügten sie sich der Anweisung aus dem „Braunen Haus“ in München, die „Nacht der langen Messer“ noch einmal zu verschieben. Alle waren damit aber nicht einverstanden, und so kam es zu den fürchterlichen Bombenattentaten und

Morden in Ostpreußen, Schlesiens und vielen anderen Teilen des Reiches.

Die Reichsregierung Papen-Schleicher sah dem verbrecherischen Treiben des nationalsozialistischen Unternehmenschentums tatenlos zu. Wozu sie sich aufschwüngen konnte, waren „ernste Warnungen“. Am 6. August gab sie ihre Meinung dahin kund, daß „Ruhe und Ordnung wieder eintreten“, so daß von besonderen Maßnahmen gegen die Unruhestifter abgesehen werden könnte. Das war, wie gesagt, am 6. August. Nicht ganz zweimal 24 Stunden später ließ der Reichskanzler von Papen wie aus einer Pistole heraus öffentlich feststellen, daß den „gegenwärtigen Zuständen unter brutaler Anwendung aller Machtmittel des Staates ein sofortiges Ende gemacht werden muß“. Zu gleicher Stunde wurden die Polizeiposten vor den Regierungsgebäuden verstärkt und mit Karabinern versehen.

Was war geschehen? Planten etwa Kommunisten einen gewaltsamen Sturz der Papen-Regierung, oder warum die plötzliche Entschlossenheit dieser Regierung zur Abwehr des Terrors? Nun, die Herren haben ihre guten Gründe, über die sie aus ebenso guten Gründen schweigen. Nicht wegen der Kommunisten, nein, wegen seiner „aufbauwilligen Kräfte“ zeigte sich Herr von Papen plötzlich entschlossen. Mitteilungen über bestimmte Pläne und Absichten dieser Kräfte gegen bestimmte Personen und Gebäude in Berlin haben ihm einen ungeheuren Schreck eingejagt.

Diese Pläne und Absichten der von der Papen-Regierung legalisierten und dann auf das Volk losgelassenen Privatarmee Hitlers verstärkten die Vermutung, daß alle Terrormaßnahmen nationalsozialistischer SA-Banden planmäßig vorbereitet und von einer oder mehreren Stellen aus durchgeführt werden. Das Ziel dieser Terrorakte ist, das Volk und die Papen-Regierung langsam zu zermürben und so den Weg für die alleinige Übernahme der Macht durch die Nationalsozialisten frei zu machen. Aus diesem Grunde sollten in der Nacht vom 10. zum 11. August auch in Berlin be-

stimmte Terrormaßnahmen durchgeführt werden. Zunächst hat die Berliner Polizei davon Wind bekommen. Am 1. August wurde auch Herr von Papen ins Bild gesetzt. Die allgemeine Ankündigung, daß dem Terror unter „brutaler Anwendung aller Machtmittel“ ein Ende gemacht werden soll, war die Folge. Kein Wort gegen die „aufbauwilligen Kräfte“ als den eigentlichen Urheber des plötzlichen Entschlusses.

Todesstrafe für politischen Mord

Die Maßnahmen der Regierung Papen-Schleicher gegen die „in Deutschland bisher unerhörten Gewaltakte“ bestehen in dem Erlaß von zwei neuen Notverordnungen. Beide tragen das Datum vom 9. August und sind am 10. August in Kraft getreten.

Die Verordnung gegen politischen Terror führt die Todesstrafe auch für solche Personen ein, die ohne Überlegung in der Leidenschaft des politischen Kampfes, aus Zorn und Haß einen tödlichen Angriff auf ihren Gegner unternehmen oder einen Polizeibeamten oder einen Angehörigen der Wehrmacht töten. Auch der wird mit dem Tode bestraft, der durch eine Brandstiftung oder ein anderes gemeingefährliches Verbrechen den Tod eines Menschen verursacht.

Für Gewalttätigkeiten mit einer Schußwaffe gibt es Zuchthaus nicht unter 10 Jahren, sofern die Tat eine schwere Körperverletzung ist. Die gleiche Strafe trifft die Rädelsführer bei solchen Gewalttätigkeiten oder bei einem Aufruhr. Mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren wird unter anderem bestraft, wer aus politischen Gründen eine gefährliche oder schwere Körperverletzung oder wer mit einer Schußwaffe eine Gewalttätigkeit gegen einen anderen begeht. Die gleiche Strafe trifft die Teilnehmer an einem Hausfriedensbruch mit einer Waffe aus politischen Gründen.

Die Aburteilung solcher Verbrechen ist im allgemeinen Aufgabe der durch die zweite Notverordnung errichteten Sondergerichte. Vorläufig bestehen solche bei den Landgerichten der Oberlandesgerichtsbezirke Königsberg, Breslau, Kiel, Hamm und Düsseldorf und bei den Landgerichten in Berlin und Elbing. Die Sondergerichte arbeiten nach einem beschleunigten Verfahren. Ihre Urteile sind keinem Rechtsmittel unterworfen und deshalb sofort mit ihrer Verkündung rechtskräftig und vollstreckbar.

Welche Wirkung diese Verschärfung der Gesetze auf die SA-Banden haben wird, bleibt abzuwarten. Es würde uns nicht wundern, wenn sie die neuen Notverordnungen der Reichsregierung unbeachtet ließen in dem gewiß nicht ganz unberechtigten Glauben, daß für sie als die „nationalen, aufbauwilligen Kräfte“ diese Gesetze nicht gelten. In diesem Glauben werden sie noch durch die programmatische Erklärung des von Hitler herausgegebenen „Völkischen Beobachters“ gestärkt. In der es heißt: „Bei der Beurteilung eines Verbrechens kommt es nicht auf den Tatbestand, sondern auf die Gesinnung des Täters an.“ Mit anderen Worten heißt das: Wenn ein Nazi einen politischen Gegner totschießt, so ist er wegen seiner „nationalen Gesinnung“ freizusprechen, ist der Täter dagegen ein Sozialdemokrat oder Kommunist, so ist er sofort an die Wand zu stellen oder anzuhängen. Das ist die „Rechtsauffassung“ der Naziführer, und ihre SA-Banden werden kaum anders denken.

Die Regierung Papen-Schleicher wird, nachdem sie die Zuchthaus- und Todes-Notverordnung erlassen hat, auch dafür sorgen müssen, daß wenn sie angewendet wird, dies ohne Ansehen der Person und ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung der Täter geschieht. Am liebsten freilich würde sie handeln, wenn die neue Notverordnung schnellstens durch eine andere ersetzt würde, die dem Rechtsempfinden der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes entspricht, nämlich durch eine Notverordnung, welche die SA-Formationen auflöst. Dann wäre die Hauptursache der von der Regierung so beklagten „unerhörten Gewaltakte“ beseitigt und der Weg zur Ruhe und Ordnung wieder frei!

Weniger Ehen und weniger Kinder

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht die vorläufigen Ergebnisse der deutschen Bevölkerungsentwicklung im Jahre 1931. Nach einer früheren amtlichen Schätzung sollten in diesem Jahre etwa 580 000 Ehen geschlossen werden, nach einer späteren sogar 609 000. Diese Zahl ergab sich unter Berücksichtigung der in früheren Jahren üblichen Ehelufigkeit aus der Zahl der im Heiratsalter stehenden Männer. In diesen Spalten wurde schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß bei dieser Schätzung die durch die Wirtschaftskrise eingetretene Erschwerung der Eheschließung nicht berücksichtigt worden ist. Das hat sich nun auch herausgestellt. Statt der erwarteten 609 000 Eheschließungen sind es nach den vorläufigen Feststellungen nur 515 411 gewesen, also rund 94 000 weniger. Da auch im Jahre 1930 reichlich 40 000 Ehen weniger geschlossen wurden, als sich rechnerisch ergibt, beträgt der Ausfall an Eheschließungen allein in den zwei Jahren 134 000. Für 1932 rechnet eine amtliche Schätzung mit 584 000 Eheschließungen, es werden aber kaum 500 000 sein.

Noch stärker als die Zahl der Eheschließungen bleibt die der Haushaltsgründungen hinter den Schätzungen zurück. Das Statistische Reichsamt rechnet hier jetzt mit einem Rückstand von über 200 000. Was das für die Geschäftslage der Holzindustrie bedeutet, darüber haben wir uns in Nummer 20 der „Holzarbeiter-Zeitung“ ausführlich ausgelassen.

Sehr groß ist auch der Geburtenrückgang. Im ganzen Jahr 1931 betrug die Zahl der Lebendgeborenen 1 031 508, gegen 1 127 450 im Jahre 1930. Auf je 1000 der Gesamtbevölkerung kamen 1931 noch 16,0 Lebendgeborene, gegen 17,5 im Jahre 1930 und 26,9 im Jahre 1913. Das ist seit 1913 ein Rückgang um 10,9 auf je 1000 Einwohner. Der Geburtenrückgang ist gleichfalls in erster Linie eine Folge der furchterlichen Wirtschaftskrise, zum Teil aber auch eine Folge der vorsätzlichen und verständlichen Kleinhaltung der Familie.

Arbeitslose und Rundfunkgebühr

Während bisher nur Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger unter bestimmten Voraussetzungen von der Zahlung der Rundfunkgebühr befreit werden konnten, können jetzt alle Arbeitslosen einen dahingehenden Antrag stellen. Die Bekanntmachung des Reichspostministeriums lautet:

„Mit Wirkung vom 1. August 1932 können die Postämter die Rundfunkgebühren unter den bisherigen Bedingungen auf Antrag auch Arbeitslosen erlassen, denen die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung nach Ablauf von 36 Tagen (6 Wochen) wegen Hilfsbedürftigkeit weitergewährt wird.“

Ferner dürfen die Postämter Arbeitslosen, denen die Rundfunkgebühren nach den bestehenden Bestimmungen erlassen werden können, den Erlaß der Rundfunkgebühren auch dann gewähren, wenn die Arbeitslosen im freiwilligen Arbeitsdienst Verwendung finden und die Vergütung für diese Be-

schäftigung nicht höher ist als die ihnen sonst aus der Arbeitslosenfürsorge zustehende Unterstützung.“

Diese Bekanntmachung ist ein Erfolg der sozialdemokratischen Vertretung im Verwaltungsrat der Reichspost und des Arbeiter-Radio-Bundes. Beide fordern schon seit langer Zeit die Befreiung aller Arbeitslosen von der Zahlung der Rundfunkgebühr. Es hat lange gedauert, bis die Verwaltung der Reichspost die Berechtigung dieser Forderung anerkannt hat. Der Antrag auf Erlaß der Rundfunkgebühr muß beim zuständigen Postamt gestellt werden.

Unsoziale Staffelung in der Beschäftigtensteuer

Die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe, wie die Beschäftigtensteuer offiziell heißt, ist durch die Notverordnung vom 14. Juni 1932 eingeführt. Sie ist in ihrer Höhe gestaffelt und beträgt bei einem Arbeitsentgelt bis zu 125 Mk. im Monat 1 1/2 Prozent, bei einem Arbeitsentgelt über 125 bis 300 Mk. im Monat 2,5 Prozent. Nach der Verordnung vom 18. Juni 1932 ist „die Abgabe von dem Grundlohn (Lohnstufen, Mitgliederklassen, wirklicher Arbeitsverdienst) zu berechnen, der nach der Reichsversicherungsordnung für die Beiträge zur Krankenversicherung maßgebend ist“.

Zwischen diesen beiden Verordnungen besteht ein Widerspruch, der sich unter Umständen für Kurzarbeiter recht empfindlich auswirkt. Darauf macht eine Eingabe aufmerksam, welche der Vorstand des Textilarbeiter-Verbandes an die Reichsregierung gerichtet hat. Hiernach sind Fälle bekanntgeworden, in denen Kurzarbeiter, die einen Wochenverdienst von 15 bis 19 Mk. hatten, in der Krankenversicherung aber in die Verdienstklasse von 24,51 bis 31,49 Mk. eingestuft waren, mit einem Durchschnittssatz von 28 Mk. besteuert werden. Entsprechend diesem Lohnsatz werden sie mit 2 1/2 Prozent zur Beschäftigtensteuer herangezogen, obwohl sie nach der Verordnung vom 14. Juni nur 1 1/2 Prozent zahlen mußten.

Offenbar handelt es sich hier um einen der Mängel, die durch die Eile verschuldet sind, mit welcher die Notverordnungen formuliert wurden. Hoffentlich hat die Eingabe die gewünschten Erfolge, denn es ist nicht anzunehmen, daß diese Auswirkung der Notverordnung von ihren Vätern wirklich gewollt war.

Vertrauen zu den Konsumgenossenschaften

Der Zusammenbruch verschiedener Großbanken im Sommer 1931 versetzte dem Vertrauen aller Sparer in Deutschland einen schweren Stoß. Wie die Banken und die Sparkassen blieben auch die Konsumgenossenschaften von einem nicht unbeträchtlichen Abzug der bei ihnen angelegten Spargelder nicht verschont. Die von den Konsumgenossenschaften und ihren Zentralorganisationen getroffenen Vorkehrungen ermöglichten es jedoch, alle Anforderungen der konsumgenossenschaftlichen Spareinleger zu erfüllen. Erfreulicherweise ist inzwischen die wirtschaftliche Einsicht der spendenden Verbraucher wieder erheblich gestärkt worden.

Die Rückkehr des Vertrauens der Konsumgenossenschaftssparer geht aus der Spareinlagenstatistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, die 128 große Konsumgenossenschaften umfaßt, deutlich hervor. In diesen 128 Konsumgenossenschaften waren die Auszahlungen von Spareinlagen im Durchschnitt der letzten drei Monate geringer als in der entsprechenden Vorjahrszeit, obwohl viele notleidende Konsumgenossenschaftsmitglieder gegenwärtig ihre Spargroschen weit dringender benötigen als vor Jahresfrist. Die von der starken Kraft der Selbsthilfe überzeugten Verbraucher wissen, daß ihre Ersparnisse nirgends sicherer und nutzbringender angelegt sein können als in den unter ihrer eigenen Mitverantwortung und Kontrolle errichteten Konsumgenossenschaften. Die Krisenwirkungen und die verleumdeterischen Angriffe der Konsumgenossenschaftsgegner vermögen diese Zuversicht nicht zu erschüttern.

Wie die Nazis lügen

Am 25. Juli brach im Hause des Oberjägers Anton Fuchs in Neckarsulm bei Heilbronn in mehreren Zimmern gleichzeitig Feuer aus. Da Fuchs als Naziagitator bekannt ist, behauptete er, das Feuer sei von „Marxisten“ angelegt worden, um ihn um Hab und Gut zu bringen. Diese Behauptung war tags darauf in allen Nazi-Zeitungen mit der Überschrift „Marxisten als Brandstifter“ zu lesen. Die Heilbronner Kriminalpolizei ist der Behauptung nachgegangen, das Ergebnis ihrer Nachforschungen ist dieser Bericht:

„Die Eheleute Fuchs, die sich zur Zeit des Brandausbruchs in einer politischen Versammlung befanden, lenkten den Verdacht der Täterschaft auf politische Gegner. Die Ermittlungen der Kriminalabteilung der Polizeidirektion haben jedoch ergeben, daß die Ehefrau des Fuchs vor ihrem Weggang in die Versammlung den Brand selbst gelegt hat. Sie hatte zu diesem Zweck in zwei Zimmern je eine brennende Kerze, die sie vorher mit ölgetränkten Sägespänen umgeben hatte, in einem Bett aufgestellt. Die Fuchs ist geständig, den Brand gelegt zu haben, um den Besitz der Mobiliarversicherung zu gelangen. Sie wurde festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt.“

Ein zweiter, noch viel gemeinerer Fall: Die Polizeiverwaltung von Reichenbach (Eulengebirge) gab am 9. August folgenden Bericht heraus:

„Auf den Redakteur des sozialdemokratischen „Proletarier aus dem Eulengebirge“ Paesche war in der Nacht zum Dienstag ein Bombenattentat geplant. Die Handgranate, die von dem SS-Mann Jenke geworfen werden sollte, krepitierte jedoch in der Hand des Attentäters. Jenke wurde der rechte Arm abgerissen. Außerdem zerriß ihm die Explosion die Hüfte. Der Attentäter war sofort tot.“

In den Nazizeitungen wurde der Polizeibericht so umgearbeitet, daß aus dem Attentäter Jenke ein „Opfer eines Reichsbannermörders“ wurde. Im Berliner „Angriff“ hatte die Meldung folgenden Wortlaut: „In Fetzen gerissen. — Scheußlicher Mord an einem SS-Mann. In Reichenbach wurde der SS-Mann Jenke von Reichsbannerleuten auf scheußliche Weise ermordet. Jenke befand sich auf dem Nachhauseweg, als plötzlich aus einem am Wege befindlichen Gebüsch ein Sprengkörper mit großer Genauigkeit auf ihn geworfen wurde, daß sein Körper durch die weithin hörbare Explosion zerfetzt wurde. Er ist seinen schweren Verletzungen auf dem Transport nach dem Krankenhaus erlegen.“

Diese Fälschung eines amtlich festgestellten Tatbestandes ist wohl das schärfste, was bisher auf diesem Gebiete geleistet worden ist. Und diese Gesellschaft nennt sich „Erneuerer Deutschlands“.

Verlängerung des Burgfriedens

Der „Burgfriede“, der ursprünglich nur bis zum 10. August dauern sollte, ist durch eine neue Notverordnung bis zum Ablauf des 31. August 1932 verlängert worden. Bis dahin dürfen weder öffentliche politische Versammlungen noch öffentliche Umzüge stattfinden.

Unterm neuen System



„Mensch, da ist eine neue Notverordnung!“ — „Ach, Quatsch! Die kann doch nicht für uns gelten, denn wir sind ja die „nationalen, aufbauwilligen Kräfte!“

Internationale Bevölkerungsfragen im Lichte der Statistik

Die Eigenschaften einer Nation und ihr Schicksal im Wandel der Zeit spiegeln sich in den Zahlenmeeren der Statistischen Jahrbücher wider.

Zunächst imponieren die absoluten Zahlen für Völker, Städte, Erdteile, Staaten. Da steht an erster Stelle das unergründliche China mit seinen sagenhaften 474 Millionen Einwohnern.

Als die wesentlichen Träger der weissen Kultur sind aber die an Grösse nun folgenden fünf Staaten und Völker zu betrachten: Vereinigte Staaten von Nordamerika 122 Millionen, Deutschland 65 Millionen, Grossbritannien (ohne Südtland) 46 Millionen, Frankreich 41 Millionen, Italien 41 Millionen Einwohner.

Nun wird der Leser vielleicht einwenden, dass die Bevölkerungszahlen ja überhaupt keine Konstanten sind, die Volksmengen wachsen und sinken doch.

Gegenwärtig hat, wenn man der Statistik trauen darf, Ecuador mit 57,2 Geburten pro 1000 Einwohner den Planetenrekord inne.

Natürlich ist eigentlich nur das entscheidend, was von den Geburten auf die Dauer übrigbleibt, also diejenige Zahl von 1000 Geborenen, die das 15. Altersjahr überlebt.

Der Stolz jeder modernen Bevölkerungsstatistik ist aber die eigentliche Kindersterblichkeit, die Zahl der im ersten Lebensjahr auf je 100 Geburten gestorbenen Kinder.

leistet worden. Noch wenige Jahre vor dem Weltkrieg hatten bayerische Gebietsteile mit rund 40 je 100 den Rekord.

In wohlhabenden Ländern mit weisser Bevölkerung ist heute die Kindersterblichkeit des ersten Lebensjahres sehr weit zurückgegangen, die niedrigste Zahl findet sich anscheinend bei Neuseeland mit 3,5 pro 100 Geburten.

Die Kindersterblichkeit ist also für grosse Teile der Menschheit in wenigen Jahrzehnten von 40 Prozent auf 5 bis 10 Prozent zurück-

gegangen. Von China schweigt die Statistik natürlich. Ebenso von Indien. Aber wir haben auch in Europa noch hohe Zahlen; 18 in Rumänien und 15 in Ungarn und Bulgarien.

Die Bilanz eines Volkes ergibt sich aus der Nativität (Geburtenhäufigkeit) und der Mortalität (Zahl der Todesfälle). Die Mortalitätskonstante (auch unpassend Sterblichkeit genannt) beträgt in der Schweiz, Dänemark, Deutschland, England (ohne Schottland) gegenwärtig 11 pro 1000 oder 1,1 Prozent.

burtenüberschuss, die Stosskraft des Volkes. Diese ist namenlos, sie hat aber für die kommende Geschichte Europas die grösste Bedeutung.

Danach kann sich jeder ein Bild machen, wie viele Menschen die einzelnen Völker Europas in 100 Jahren haben werden.

Die Geschäftslage in der Holzindustrie im Juli 1932

Die Hoffnung, daß der Juli eine Besserung der Arbeitsmarktlage bringen werde, hat sich nicht erfüllt. Bei den Arbeitsämtern ist im Laufe des Juli die Zahl der Arbeitsuchenden zwar um rund 83 000 auf 5 393 000 zurückgegangen.

Ende Juli mehr Arbeitslose als Ende Juni. Das wird auch in der Holzindustrie so gewesen sein. Von den 241 657 Mitgliedern unseres Holzarbeiter-Verbandes, die von der Erhebung über die Arbeitslosigkeit Ende Juli erfaßt wurden, waren 160 225 oder 66,30 Prozent arbeitslos.

Etwas freundlicher als die Arbeitslosenstatistik sieht die Erhebung über den Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie aus.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiter-Verband Ende Juli 1932.

Table with columns: Gau, Bericht haben (Verw. stellen, mit Mitgliedern, darunter weibl.), Arbeitslose (am 31. 7. 32, darunter weibl.), Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos, Verkürzt arbeiteten insgesamt (Betriebe, Beschäftigte, darunter weibl.), Von je 100 Mitgliedern arbeiteten verkürzt, Die wöchentliche Arbeitszeit war verkürzt um (1-8 Std. Beschäftigte, 9-16 Std. Beschäftigte, 17-24 Std. Beschäftigte, 25 Std. und mehr Beschäft.), Nicht-berichtet haben (Verw. stellen, mit Mitgliedern).

sich aber selbst über den kleinsten Fortschritt. Von den Branchengruppen, die mehr Einstellungen als Entlassungen aufzuweisen haben, sind besonders die Gruppen Möbel, Fenster, Türen und Kisten zu nennen.

Beschäftigtenzunahme in der Möbeldindustrie hängt wahrscheinlich mit der Herstellung von Mustermöbeln für die Möbelmessen in Detmold und Leipzig zusammen.

eintritt, wird es auch vielen tausenden Sägewerksarbeitern an Beschäftigung fehlen. Betrachtet man das Urteil der Berichterstatter über den Geschäftsgang ihrer Betriebe, so kommt man zu folgendem Ergebnis: Von 100 Arbeitern entfallen 10,5 auf gut, 25,0 auf befriedigend und 64,5 auf schlecht beschäftigte Betriebe.

Der Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie im Monat Juli 1932.

Table with columns: Berufs-zweig, Anzahl (Berichtende Betriebe, der Beschäftigten, der Eingestellten, der Entlassenen, der leeren Plätze), Geschäftsgang (gut, befriedigend, schlecht), Von je 100 Beschäftigten entfallen auf Betriebe mit ... Geschäftsgang (Juli 1932, Juni 1932, Juli 1931).

Stützlegte Betriebe mit Arbeitern: 1 mit 135, 1 mit 18, 1 mit 11, 1 mit 7, 1 mit 8, 1 mit 10, 1 mit 15, 1 mit 20, zus. 10 Betriebe mit 308 Arbeitern



Aus dem Verbandsleben



Leute von der RGO.

Prunkworte

Zahlreich sind die Funktionäre versammelt. Einige davon rechnen sich zur revolutionären Opposition. Ihr Führer hat das Wort: er wirbt für die rote Einheitsfront. Endlich kommt er zum Schluß. Sofort meldet sich ein anderer Kollege zum Wort. In der Hand den „Roten Holzwurm“. „Ja, Kollegen“, so beginnt er, „die Einheitsfront der Arbeiter ist notwendig, dringend notwendig sogar, aber was erleben wir? Leute, die das Wort Einheitsfront immer im Munde führen und sich dabei außerordentlich revolutionär vorkommen, haben nur das eine Ziel, die Organisation der Arbeiterschaft verächtlich zu machen und ihre Geschlossenheit zu zerstören. Heißt das etwa für die Einheitsfront eintreten, wenn, wie hier im „Roten Holzwurm“, übrigens der schmutzigste Wurm, der mir je zu Gesicht gekommen ist, unsere Führer in der gemeinsten Art beschimpft und heruntergerissen werden? Ist das vielleicht Vorarbeit zur Herstellung der Einheitsfront, wenn hier zum Beispiel unsere Führer als Sozialfaschisten, als Kettenhunde, als Unternehmernknechte mit verblödeten Gehirnen oder als Bilderschmieritzern, die im Saustall sitzen und Jauchekübel ausgießen, beschimpft werden? Wer unsere Führer in dieser schmählichen Weise angreift und beleidigt, der beschimpft die Organisation, und das sind wir.“

Eine solche Antwort hatten die Kollegen von der Opposition nicht erwartet. Noch einmal nimmt ihr Führer das Wort: „Aber Kollege, so tragisch darfst du diese Artikel im „Roten Holzwurm“ nicht nehmen. Jede Zeitung muß doch ihren Inhalt ein wenig ausschmücken. Die Ausdrücke, die du aus der Zeitung entnommen hast, na, das sind doch bloß — Prunkworte.“

Ein Mädchen von der Oppo

Vollgefüllt ist der Saal von Holzarbeitern. An meinem Tisch sitzt auch eine Kollegin. Kaum hat der Referent einige Sätze gesprochen, da wird meine Nachbarin lebendig. Als braves Kind der Oppo übt sie sich in Zwischenrufen. Was der Referent sagt, ist natürlich alles falsch. Ihre Bemerkungen sind so laut, daß wir am Tisch sie wohl hören, den Vortragenden vorn erreichen sie aber nicht. Deswegen empfehle ich ihr, lauter zu sprechen, damit auch der Redner von ihrem Geist empfangen wird. Da macht sie ein böses Gesicht und schweigt.

Doch nicht lange, da beginnt das Geschimpfe von neuem. Jetzt werde ich aber deutlicher. „Kollegin“, sage ich, „wenn du in der Aussprache dem Referenten nicht widerst, dann gehe ich vor und gebe der Versammlung ein Bild von deiner geistigen Größe.“ Nun bleibt sie still bis zum Schluß. Beim Hinausgehen bemerke ich so zu ihr: „Na, das nächste Mal setzen wir uns wieder an einen Tisch, ist dir doch recht, Kollegin?“ Ihr Vorrat an Prunkworten scheint ausgegangen zu sein. Sie taucht mich nur noch an: „Wie kannst du mich überhaupt mit du anreden, mit dir habe ich doch keine Schweine gehütet.“ Mit diesen revolutionären Worten verließ mich das Mädchen der RGO.

Ganz einfach

Eindrücklich schildert der Referent die wirtschaftliche und politische Lage. Ihr Einverständnis mit dem Vortragenden bekunden die Versammelten durch kräftigen Beifall. Nur einer sieht die Wirklichkeit nicht. Trotz seiner Jugend, er hat die 20 gerade erreicht, weiß er scheinbar viel besser um die Dinge Bescheid als alle anderen. Getreu der KPD-Parole zerschlägt die Gewerkschaften bemüht sich der Junger Moskauer in der Diskussion, seinen Zuhörern darzulegen, daß nur die freien Gewerkschaften an der Spitze der Arbeiterbewegung sind. Auf die Frage des Referenten, was denn getan werden müsse, um die Arbeitslosigkeit in Deutschland zu beseitigen, erfolgt prompt die Antwort: „Da müssen wir eben den Unternehmern mal die Betriebe wegnehmen.“

Mit solchigen Phrasen wird die Jugend von gewissenlosen Menschen gefüttert und verwirrt. Verantwortungslos handelt derjenige, der die Jugend mit radikalen Schlagwörtern, mit wirklichkeitsfremden Schilderungen bearbeitet und nicht über die tatsächlichen Machtverhältnisse in Deutschland und anderwärts Aufklärung schafft.

Mir den Tarif

Er ist kürzlich aus dem Verband ausgetreten, unser Kollege Edgar. Der Verband erscheint ihm zu schlapp. Die RGO., ja, das ist doch was ganz anderes. Die kämpft gegen Lohnraub, gegen das Unternehmertum; sie führt die Massen zu Kampf und Sieg. Ich brauche den Holzarbeiter-Verband nicht mehr, ich bin jetzt bei der RGO. So der radikale Kollege.

Nun galt es vor kurzem für die Spezialbranche, in der auch Edgar arbeitet, einen neuen Akkordtarif zu schaffen. Gewiß mußten die Kollegen unter dem Druck der schlechten Geschäftslage einen Lohnabbau hinnehmen. Mit Hilfe des Verbandes war es aber möglich, die viel weiter gehenden Forderungen der Unternehmer abzuwehren. Jetzt wurde der Tarif im Betrieb eingeführt. Was machte denn nun Edgar, der ja vom Verband nichts mehr wissen wollte? Dreist trat er an den Vertrauensmann heran und verlangte von ihm den neuen Tarif zum Abschreiben. Unser Kollege lehnt das ab: „Erst kehrst du dem Verband den Rücken, weil er nach deiner Meinung nichts schafft“, gab er dem verbandsfeindlichen Edgar zur Antwort, „und jetzt verlangst du von demselben Verband den Tarif. So ist es gerade richtig, keine Beiträge zahlen, aber was der Verband für seine Mitglieder herausgeholt hat, das willst du voll und ganz in Anspruch nehmen, bloß damit du ja nicht zu kurz kommst.“

Den Verband brauch' ich nicht, doch mir den Tarif, so etwas nennt sich dann RGO. Wahrhaftig, die haben recht, die den drei Buchstaben eine zwar etwas derbe, aber wirklich treffende Auslegung geben. R. Sch.

Großmut?

Über den Streik in Gollnow haben wir in den Nummern 29 und 30 der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet. Der örtliche Arbeitgeberverband hatte das Lohnabkommen zum 30. Juni gekündigt und wollte den Lohn an der Spitze von 68 auf 60 Pf. herabsetzen. In den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß hoten die Unternehmer 62 Pf. Der gefällte Schiedsspruch lautete auf 66 Pf. Der Schiedsspruch wurde von beiden Parteien abgelehnt, und unsere Kollegen stellten die Arbeit ein. Der Streik wurde am 9. Juli durch eine Vereinbarung beigelegt, welche die Sätze des Schiedsspruches anerkennt, also Facharbeiter über 22 Jahre 66 Pf.

Am 23. Juli erschien nun in der „Gollnower Zeitung“ die folgende „Bekanntmachung“ des Arbeitgeberverbandes:

„Der Arbeitgeberverband Gollnow hat in seiner Sitzung am Donnerstag, dem 21. dieses Monats, nachmittags 6 Uhr, beschlossen, über den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses hinauszufragen und den Arbeitern und Facharbeitern über 22 Jahre die gekürzten 1 bzw. 2 Pf. ab heute wieder zu zahlen, und zwar für die Dauer des Lohnabkommens bis zum 31. Januar 1933.“

Die Abzüge wären gar nicht erst erfolgt, wenn die Arbeit nicht unterbrochen, sondern während der Arbeit weiterverhandelt worden wäre.

Es liegt uns fern, den Arbeitgeberverband deshalb zu schelten, daß er einen Lohnabzug, zu dem er auf Grund des Schiedsspruches und nach einer getroffenen Vereinbarung berechtigt war, freiwillig rückgängig macht. Die Gründe, die ihn dazu veranlaßt haben, sind uns nicht bekannt. Aber aus dem Vorgang ist ersichtlich, daß zu dem Angebot einer Lohnminderung von 68 Pf. auf 60 Pf., das ist um 11,7 Prozent, ein wirtschaftlicher Grund nicht vorhanden war. Dieser Abzug

wurde zunächst gefordert und der Abzug um 2 Pf., den der Schiedsspruch brachte, für untragbar erklärt. Und warum? Offensichtlich aus dem Grunde, weil es im Zuge der Zeit liegt, Lohnabzüge zu machen. Ebenso wie in den Möbelfabriken in Gollnow liegen die Dinge in vielen anderen Fällen. Da werden Lohnabzüge auf Lohnabzüge gefordert, und vor den Schlichtungsstellen klagen die Unternehmer steinerweichend, daß sie die seitherigen Löhne nicht mehr zahlen könnten. In Wirklichkeit ist es aber nur eine Schikane kleinlich denkender Menschen, die niemand nützt, sondern nur durch Verminderung der Kaufkraft dem Wirtschaftsleben Schäden zufügt.

Holzgewerbe in Schlesien

Im Vertrags- und Lohnstreit für das Holzgewerbe in Schlesien waren für den 9. August wieder einmal Verhandlungen anberaumt. Die Einladung dazu kam von dem Oberregierungs- und Gewerbeamt Professor Kramer, der vom Reichsarbeitsministerium als Sonderschlichter für diesen Streifall eingesetzt worden ist. Es kam aber zu gar keinen Verhandlungen, da die Vertreter der beteiligten Unternehmerverbände erklärten, nur gekommen zu sein, um dem Sonderschlichter und den Arbeitervertretern zu sagen, daß sie (die Unternehmer) bisher noch keine Zeit gehabt hätten, ihre Stellungnahme für die Verhandlungen gemeinsam festzulegen. Das könnte wahrscheinlich erst im September oder noch später geschehen, da ihre Ausschußmitglieder durch Urlaub und Geschäftsreisen vorher keine Zeit dazu hätten. Selbstverständlich sind das nur faule Ausreden. Dem Sonderschlichter blieb unter diesen Umständen aber nichts weiter übrig, als die Verhandlungen zu verlagern; sie sollen Mitte September wieder aufgenommen werden.

Sägewerksindustrie in Südwestdeutschland

Das Lohnabkommen für die südwestdeutsche Sägewerksindustrie vom 10. Juni 1932 ist vom Reichsarbeitsminister am 28. Juli verbindlich erklärt worden. Die Verbindlichkeit hat am 5. Juli begonnen. Sie erstreckt sich auf alle Sägewerksarbeiter in den Freistaaten Württemberg und Baden sowie Hohenzollern.

Sperrholz- und Zigarrenkistenindustrie in Hanau

Der Mantelvertrag für die Sperrholz-, Schäl-, Zigarrenkisten- und Wickelformenindustrie in Hanau sowie das dazugehörige Lohnabkommen waren von den Unternehmern gekündigt worden. Jetzt wurde mit dem Unternehmerverband eine Verlängerung des Mantelvertrages bis zum 31. März 1933 und des Lohnabkommens bis zum Ablauf der ersten Lohnwoche im Oktober 1932 vereinbart. In bezug auf den Urlaub für 1932 wurde festgelegt, daß allen Beschäftigten nur zwei Drittel des tarifvertraglichen Urlaubs zustehen. Ist der Arbeiter oder die Arbeiterin jedoch länger als 3 Jahre im Betrieb und haben sie Anspruch auf den Höchsturlaub, so beträgt die Urlaubsdauer mindestens 3 Tage. Beschäftigte, die im Jahr weniger als 1000 Stunden gearbeitet haben, haben Anspruch auf den vollen ihnen zustehenden Urlaub.

Korbmacher in Franken und Thüringen

Am 2. August tätete der Landesschlichter in Nürnberg für die Korbmacherwerkstättenarbeiter in Ober-, Mittel- und Unterfranken, in Sachsen-Koburg-Gotha und Sachsen-Meiningen einen beide Parteien von vornherein bindenden Schiedsspruch. Danach

Mit Gehilfen tiefen Klümmen
ist der 34. Wofanbauung föllig

beträgt in den drei Ortsklassen der tarifliche Ecklohn für über 22 Jahre alte Facharbeiter 52, 49 und 46 Pf., für Hilfsarbeiter 47, 44 und 42 Pf., für Arbeiterinnen 31, 30 und 28 Pf. Das Abkommen gilt zunächst bis Ende 1932.

Bürstenarbeiter in Halle (Saale)

Für die Belegschaft der Bürstenfabrik Gebrüder Rohland wurden die Löhne neu geregelt. Ab 4. Juli beträgt der Tariflohn für Facharbeiter über 24 Jahre 63 Pf., unter 24 Jahre 58 Pf. Für Arbeiterinnen schwankt der Lohn zwischen 28 Pf. für Sechzehn- bis Achtzehnjährige und 37 Pf. für über 22 Jahre alte Frauen. Das Abkommen kann erstmalig mit monatiger Frist zum 31. Dezember 1932 gekündigt werden.

Bleistift- und Pinselindustrie in Nordbayern

Das Reichsarbeitsministerium hat den Bezirkstarifvertrag für die Bleistift-, Pinsel- und Bürstenindustrie und für die Borsten- und Haarzurichtereln in Nordbayern sowie das Lohnabkommen für allgemeinverbindlich erklärt, allerdings unter Ausschaltung einiger Bestimmungen des Tarifvertrages. Die Allgemeinverbindlichkeit hat mit dem 16. Juli begonnen.

Um den Ferienanspruch

Vor dem Arbeitsgericht in Bremen wurde kürzlich ein interessanter Streitfall verhandelt, bei dem sich die örtlichen Vorsitzenden unseres Verbandes und des Arbeitgeberverbandes als Vertreter der Prozessparteien gegenüberstanden. Wie erinnerlich, wurde unter dem Vorsitz des Schlichters Dr. Völkers ein Schiedsspruch gefällt, der wesentliche Verschlechterungen des Mantelvertrages und des Tariflohns brachte. Dieser Spruch wurde von unseren Kollegen abgelehnt. Noch vor Ablauf der Erklärungsfrist hatte der Arbeitgeberverband seine Mitglieder angewiesen, die im Schiedsspruch vorgesehenen Verschlechterungen durchzuführen. Dagegen hat der Betriebsrat der beklagten Fabrik Einspruch erhoben, und die Arbeiter haben die reduzierten Löhne nur unter Protest angenommen. In dem zur Verhandlung stehenden Fall hatte die Firma entsprechend dem Schiedsspruch die Ferienentschädigung nur zu drei Fünfteln auszahlen wollen. Das Arbeitsgericht entschied aber, daß der Kläger zur Zeit seines Urlaubs Anspruch auf Bezahlung zu den alten Bedingungen hatte. Die Firma wurde verurteilt, die volle vertragliche Entschädigung zu zahlen.

Zentralverband der freien Angestellten

Der Zentralverband der Angestellten (ZdA.) ist die freigewerkschaftliche Organisation der Angestellten. Neben ihm bestehen noch einige bürgerliche Organisationen der Angestellten, die zum Teil viel älter sind. In der Konkurrenz mit ihnen hat sich der ZdA. recht gut entwickelt. Seine Mitgliederzahl stieg von 93 000 im Jahre 1918 auf 210 000 im Jahre 1930. Die schwere Wirtschaftskrise ist auch an ihm nicht spurlos vorübergegangen; immerhin schloß er das Jahr 1931 noch mit mehr als 203 000 Mitgliedern ab. Vor kurzem hat der Vorstand des ZdA. neue Räume bezogen, da seine alten Büros zu eng wurden. In dem Hause in der Potsdamer Straße in Berlin, wo einst Stinnes seinen Sitz hatte, sind nun die Büros des ZdA. In freundlichen Räumen, die zweckentsprechend unter Vermeidung von jedem Luxus eingerichtet sind, werden die Verwaltungsgeschäfte der großen Angestelltenorganisation erledigt. Der ZdA. unterhält enge Beziehungen zu den Arbeitergewerkschaften. Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, daß auch für die Angehörigen unserer Kollegen, soweit sie Angestellte sind, der Platz im ZdA. ist.



Unterhaltung und Wissen



Unterhaltung

33. Fortsetzung.

Copyright by Malik-Verlag AG., Berlin

Siebenundzwanzigstes Kapitel.

Als Sophie am Abend heimkehrte, hatte Samuel die Selbstbeherrschung wiedererlangt. Er berichtete ihr seine Erlebnisse mit fester Stimme. Und das war gut, denn er war nicht auf das leidenschaftliche Gefühl vorbereitet, mit dem das Mädchen die Nachricht aufnahm. Fräulein Gladys war für Samuel die letzte seiner Illusionen gewesen, für Sophie jedoch hatte sie die einzige Illusion bedeutet. Das Mädchen hatte seine ganze Lebensfreude darin gefunden, für Fräulein Gladys zu arbeiten. Als sie nun den Verrat erfuhr, den Gladys Samuel gegenüber geübt hatte, war sie vor Schmerz ganz außer sich. Samuel erschrak. Er legte den Arm um ihre Schultern: „Hören Sie mich an, Sophie. Wir dürfen unsere Pflicht nicht vergessen.“

„Ich kann nie mehr zu ihnen zurückgehen“, klagte das Mädchen. „Würde sterben, wenn ich sie wiedersähe.“

„Das meinte ich nicht“, entgegnete Samuel hastig, um sie auf andere Gedanken zu bringen. „Sie dürfen nur nicht vergessen, was wir zu tun haben; müssen wir helfen.“

Er berichtete, daß er um die Sankt-Matthäus-Kirche kämpfen wolle. „Wir dürfen keine Bitterkeit in uns wach werden lassen“, erklärte er. „Es wäre schlecht, handelten wir aus persönlichem Zorn.“

„Wie können wir das?“ rief Sophie schmerzlich.

„Es ist schwer“, gab er zu. „Ich rang mit mir selbst. Wir dürfen diese Menschen nicht hassen. Sie haben Böses getan —, aber sie wissen es nicht. Sind arme Geschöpfe gleich allen übrigen.“

„Sie sind böse, selbstsüchtige Leute!“

„Ich habe alles überlegt; wanderte den ganzen Tag umher, dachte unterdessen darüber nach. Ich will für diese Leute nur Mitleid empfinden. Sie haben mir ein Unrecht zugefügt, doch ist das Unrecht, das sie sich selbst zufügen, weit größer.“

„Wie gut Sie sind, Samuel!“

Er fühlte einen Stich im Herzen; die gleichen Worte hatte Gladys zu ihm gesprochen.

„Ich muß mit mir selbst ins reine kommen; muß den Kampf gegen diese Menschen aufnehmen und darf es nur dann tun, wenn ich bestimmt weiß, daß keine persönliche Feindschaft in mir lebt.“

„Was wollen Sie tun?“

„Ich werde die Tatsachen der Kirchengemeinde mitteilen. Kümmerst sich diese nicht darum, so werde ich mich an das Volk wenden.“

„Auf welche Art, Samuel?“

„Ich will eine Versammlung einberufen. Sehen Sie, dies schrieb ich.“

Er entnahm seiner Tasche ein Stück Papier, auf das er mit Druckbuchstaben geschrieben hatte:

„An die Kirchengemeinde von Sankt Matthäus!

In der Kirche herrscht Korruption! Kirchenvorsteher haben den Stadtrat bestochen. Sie berauben das Volk. Der Kirchenvorstand weigerte sich, meine Erklärung zu hören, und stieß mich aus der Kirche. Ich appelliere an die Gemeinde. Am folgenden Mittwoch, um acht Uhr abends, werde ich auf dem Bauplatz gegenüber der Kirche eine Versammlung veranstalten und dort alles sagen, was ich weiß. Samuel Prescott.“

„Was wollen Sie damit tun?“ fragte Sophie verständnislos.

„Ich werde den Aufruf auf kleine Zettel drucken lassen und sie morgen nach dem Gottesdienst unter die Leute verteilen.“

„O Samuel!“

„Ich muß es tun.“

„Aber Samuel, alle Menschen werden zu der Versammlung kommen — die ganze Stadt.“

„Das läßt sich nicht vermeiden. Ich habe kein Geld, um einen Saal zu mieten, und man würde mir nicht gestatten, in der Kirche zu sprechen.“

„Können die Zettel so rasch gedruckt werden?“

„Ich weiß es nicht; muß mich erkundigen.“ Sophie klatschte in die Hände. „Ich weiß schon! Friedrich Bremer besitzt eine kleine Setzmaschine.“

„Wie?“

„Ja. Sein Vater pflegte früher zu drucken. Sie werden uns sagen, wie man es machen muß.“

Ohne auch nur das Abendbrot abzuwarten, eilten die beiden zu den Bremers. Die ganze Familie lauschte voller Stäunen, als Samuel seine Erlebnisse und sein Vorhaben berichtete. Friedrich glühte vor Erregung.

„Herr Gott!“ rief er. „Auch ich war einmal so!“

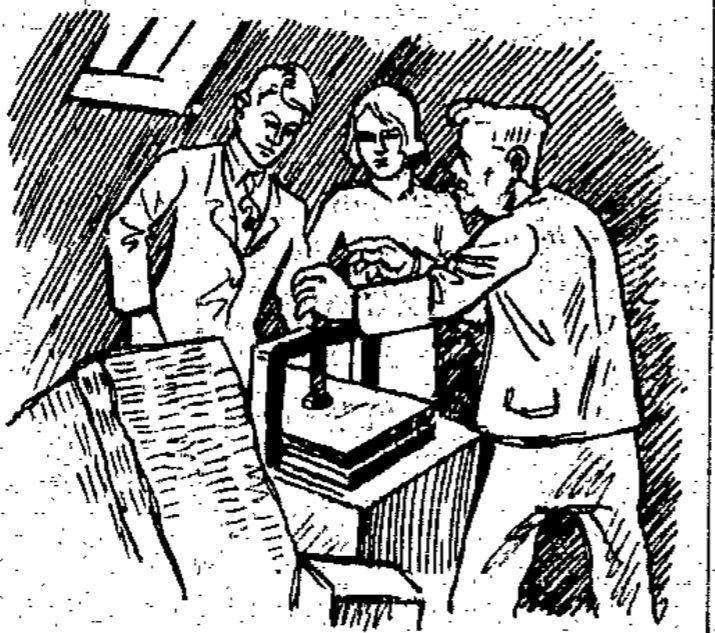
„Wollen Sie mir beim Drucken helfen?“ fragte Samuel.

„Freilich. Ich werde es selbst tun. Ich lebe nicht umsonst unter der Kommune.“

Die ganze Familie begab sich in eine kleine Dachkammer. Hier befand sich, vergraben unter allerlei Tand, die kleine Handpresse. „Ich arbeitete selbst damit“, erklärte der alte Teppichzeichner. „Als ich aber herkam, wurde ich verwarnt und wagte seither nicht, sie zu benutzen. Seit zwei Jahren ging ich nicht mehr in die Distriktsversammlungen.“

„Was für Versammlungen?“ fragte Samuel.

„Ich bin Sozialist“, sprach Herr Bremer.



Samuel erschrak. Durfte er die Hilfe eines Sozialisten annehmen?

Friedrich sortierte die Buchstaben und der Vater studierte Samuels Aufruf. „Sie müssen viele Absätze machen und auch Ausrufungszeichen. Dann wird es eher gelesen.“

„Sie werden es schon lesen!“ meinte Friedrich grimmig.

„Wie sollen wir es drucken?“ fragte der Vater. Die Kinder eilten ins Stockwerk, kehrten mit weißem Briefpapier und braunem Packpapier zurück. Sie setzten sich alle auf den Boden, falteten und beschnitten das Papier, während Friedrich den Satz zusammenstellte. Derart wurde Samuels erstes Manifest gedruckt.

„Können Sie denn eine Rede halten?“ erkundigte sich Frau Bremer. „Werden Sie keine Angst haben?“

„Ich glaube nicht“, erwiderte Samuel ernst. „Ich werde nur an das denken, was ich zu sagen habe.“

Es war bereits spät, als Sophie und Samuel heimgingen; sie trugen sorgfältig verpackt dreihundert Exemplare der revolutionären Flugschrift bei sich und waren demmaßen aufgeregt, daß sie sogar Fräulein Gladys vergessen hatten.

Erst als Samuel zu schlafen versuchte, erschien ihm ihr Bild, und seine verzerrten Hoffnungen verhöhnten ihn. Welch ein Narr war er doch! Wie sinnlos erschienen ihm jetzt all seine Träume! Er verbrachte eine zweite schlaflose Nacht und verfiel erst gegen Morgen in einen unruhigen Schlummer. Bis elf Uhr, der Zeit des Gottesdienstes, mußte er seine Ungegend zügeln. Sophie wollte ihn begleiten, die Gefahr mit ihm teilen, er jedoch gestattete es nicht. Zwar wird er nicht jedem den Aufruf in die

Hand drücken können, doch wird es auch so gehen; die Leute werden einander davon erzählen. Eine Stunde vor Beendigung des Gottesdienstes nahm Samuel seinen Posten gegenüber der Kirche ein. Sein Herz pochte wild. Er kam sich wie ein Mörder oder Bombenwerfer vor. Das Wetter war warm, durch die offene Kirchentür vernahm er

Das Gartenfest

**Lachende Menschen ringsum!
Tanzende Paare zu lauter Musik,
Jedem sitzt schon ein Kobold im Genick,
Nur einer bleibt stumm.**

**Voll Feuer die Sonne scheint,
Wandelt das Glas in funkelnde Lichter,
Pinselt mit Gold die vielen Gesichter,
Doch einer weint.**

**Wie glücklich sie alle sind!
Ich nur wandere einsam durchs Leben,
Mir kann die Sonne kein Leuchten geben;
Denn ich bin — blind.**

Marie Schulz

Pastor Vinces dröhnende Stimme. Der Orgelklang trieb Samuel Tränen in die Augen; er liebte die Orgel, und nun darf er ihr nicht lauschen.

Endlich verstummte der Chor, der „Bombenwerfer“ bezog seine strategische Position. Als erster verließ der göttergleiche Herr Curtis die Kirche.

„Wollen Sie das nehmen, Herr?“ fragte Samuel, dem das Herz bis in die Kehle pochte. Und Herr Curtis, der sich eben die Stirne wischte, fuhr zurück, als habe er ein Gespenst gesehen. „Junge, was treiben Sie da?“ rief er. Aber Samuel war bereits fortgeeilt, verteilte seinen Aufruf vor der Kirchentür. Er hatte recht, als er annahm, alle würden darüber sprechen. Die Leute griffen nach dem Zettel, lasen ihn, blieben stehen, redeten miteinander, stauten sich vor der Tür. Als Samuel etwa zwanzig Stück verteilt hatte, waren auch die Kirchenvorsteher wieder zur Besinnung gekommen und versuchten, eine weitere Verteilung zu verhindern. „Das ist eine Gemeinheit!“ schrie Herr Curtis und griff nach Samuels Arm. Der Bursche jedoch riß sich los, rannte um die Ecke, zur Seitentür, aus der Leute heraustraten. „Nehmen Sie das, geben Sie es weiter!“ Und so gelang es ihm, noch ungefähr vierzig Zettel zu verteilen. Vorsichtig nach Herrn Curtis oder einem anderen Kirchenvorsteher ausspähend, eilte Samuel abermals der Vordertür zu, drückte die Zettel in alle ausgestreckten Hände. „Geben Sie es weiter!“ wiederholte seine schrille Stimme unentwegt. „Die Verbrecher müssen aus der Kirche gestoßen werden.“

Plötzlich löste sich aus der Menge Herr Hamerton, rotgesichtig, atemlos. „Samuel!“ rief er, sich auf den Burschen stürzend, „das darf so nicht weitergehen.“

„Es muß weitergehen“, erwiderte Samuel. „Lassen Sie mich los. Rühren Sie mich nicht an.“ Seine Stimme gellte zum Schrei auf. „Es gibt Diebe in der Kirche Christi!“



Während des Ringens fielen Zettel zur Erde. Herr Hamerton bückte sich, um sie

aufzuheben. Samuel entschlüpfte ihm, rannte von neuem zur Seitentür. Begierige Hände griffen nach den Zetteln; er wurde sie alle los. Um auch die anderen Leute, die jetzt die Kirche verließen, nicht leer ausgehen zu lassen, streckte Samuel die Hände hoch, rief: „Im Kirchenvorstand dieser Kirche sitzen Leute, die den Stadtrat von Lockmanville bestochen haben! Ich werde es in einer Versammlung am Mittwoch abend, auf dem Baugrund gegenüber der Kirche, beweisen!“ Dann machte er kehrt, entfloß der Hand eines empörten Gläubigen, die nach ihm griff, und eilte wie ein Reh die Straße entlang.

Es war ihm gelungen, an die Kirchengemeinde zu appellieren! (Fortsetzung folgt.)

Gerechtigkeit für die Wanze

Las ich da neulich im Schaufenster einer Drogerie eine Ankündigung, die restlose Vernichtung aller Wanzen nebst deren Brut durch Anwendung von „Wanzolin“ versprach. Ausgestattet war dieses Plakat mit einem großen, grimmigen Totenkopf.

Ich meine, man sollte derartige „Vernichtungsmittel“, wenn sie wirklich den Erfolg haben, den sie versprechen, polizeilich verbieten. Da ich jedoch nicht wage, an die zuständige Behörde eine Eingabe deswegen zu machen, fühle ich mich veranlaßt, auf diesem Wege einiges zum Schutze dieser lieben Tierchen zu sagen.

Warum verfolgt man eigentlich dieses sogenannte Ungeziefer mit einem Kräfteaufwand und einer Energie, die wirklich einer besseren Sache würdig wären? Betrachten wir doch einmal eine Wanze näher. Sieht so ein Tierchen an Größe und Farbe einem kleinen Marienkäferchen (die schwarzen Pünktchen auf den Flügeldecken abgerechnet) nicht zum Verwechseln ähnlich? Und warum vernichtet man nur die Wanzen, während der Marienkäfer zu poetischen Ergrüssen anregt?

Nur weil die Wanzen den Menschen angreifen und peinigen? Ich meine, man sollte lieber den todesverachtenden Mut bewundern, den diese Tiere besitzen, indem sie sich an einen so gigantischen Gegner, wie der Mensch ihnen gegenüber einer ist, heranwagen.

Schon allein wegen ihrer demokratischen Gesinnung müßte man die Wanzen schonen. Sie kennen kein Katzbuckeln und Schmeicheln, sie beißen jeden, der in ihren Bereich kommt, ob reich, ob arm, ob hoch, ob niedrig.

Sollte sich der Mensch nicht ein Beispiel an ihnen nehmen?

Und dann die Fruchtbarkeit dieser Tierchen! Hat jemand schon einmal von einem Geburtenrückgang bei den Wanzen gehört? Ich nicht. Immer sind es nur die Menschen, die mit bösem Beispiel vorangehen.

Vergegenwärtigen wir uns nun einmal die ganz erstaunliche Intelligenz dieser süßen Tierchen.

Rücken Sie, lieber Leser, Ihr Bett in die Mitte des Zimmers, stellen Sie jeden Bettpfosten in eine Schüssel und füllen Sie diese mit Wasser oder einer ätzenden Flüssigkeit — die Wanze findet doch den Weg zu Ihnen.

O, sie ist ja so intelligent. Sie läuft, da der Gegner alle Zugänge zu seiner Festung versperrt hat, eins, zwei, drei an der Decke des Zimmers entlang bis über sein Bett und läßt sich dann ganz einfach herunterfallen. — Bitte, ich habe es selbst beobachtet.

Und nützlich sind diese Tierchen! Jawohl, sehr nützlich sogar. Wo sollte wohl sonst die Arbeit für Maler und Tapezierer herkommen, wenn der Mensch in rasendem Zorn nicht so manche Wanze an der bella Tapete zerquetschen würde. Das gibt dann so schöne rote Flecke an der Wand.

Aus allen diesen und noch vielen anderen Gründen appelliere ich an den gesunden Menschenverstand meiner Mitbürger und rufe ihnen zu: „Schont die Wanzen, bildet eine Liga für das Wanzenrecht. Schutz dem Schwächeren, der schon sowieso in der Finsternis lebt. Gerechtigkeit auch für diese kleinen, lieben Tierchen. Heil!“

Frantz Schmaltz

Rechtsfragen

Haftung für Schaden durch Kinder

Wer kraft Gesetzes zur Führung der Aufsicht über ein minderjähriges Kind verpflichtet ist, ist zum Ersatz des Schadens verpflichtet, den das Kind einem Dritten widerrechtlich zufügt.

Wiederholung des Rentenanspruches

Wenn der Antrag auf Invalidenrente endgültig abgelehnt worden ist, weil dauernde Invalidität nicht nachzuweisen war, so kann ein neuer Antrag erst nach einem Jahr, vorher aber nur dann gestellt werden, wenn glaubhaft bescheinigt wird, daß inzwischen Umstände eingetreten sind, die den Nachweis der Invalidität liefern.

lassen, daß inzwischen, d. h. seit der letzten Begutachtung, die Invalidität eingetreten ist. Leider werden diese Bestimmungen in der Praxis nicht genügend beachtet, so daß mancher Wiederholungsantrag abgewiesen wird.

Bücher und Zeitschriften

Alle hier angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Mein Vorurteil gegen diese Zeit. Hundert Holzschnitte von Karl Rössing. Verlag: Die Buchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreißendstraße 5. Preis für Mitglieder der „Büchergilde“ 2,70 Mk.

Zola. Sein Leben, sein Werk, sein Kampf. Geschildert von seiner Tochter Denise Leblond-Zola. Herausgegeben und kommentiert von F. C. Weiskopf. 330 Seiten mit 44 Bildern und Illustrationen. Malik-Verlag, Berlin. Preis in Leinen 5,50 Mk.

das vorliegende Buch seiner Tochter aus. Ihre Darstellung ist weder Heidegenang noch medizinische Untersuchung, sondern gründlich, ehrlich und zuverlässig, dabei unaufrichtig und gerade dadurch überzeugend.

Neue Clangor-Schallplatten. Die Programmweiterung des Schallplatten-Volkverbandes kommt diesmal ausschließlich der Gruppe „Meister der Musik“ zugute.

Der Wahre Jakob. Illustriertes Witzblatt der Eisernen Front, Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW 68. Preis der Einzelnummer 15 Pf.

Jakob! auf 8 Wochen, bis zum 26. September, verbot hat. (Inzwischen ist das Verbot um 4 Wochen verkürzt worden.)

Praktisches Motorrad-Lehrbuch. Von Werner Gräff. Mit 40 Bildern auf Kunstdrucktafeln. Sueddeutsches Verlagshaus G. m. b. H., Stuttgart. Preis 1,10 Mk.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Schriftleiter Lothar Erdmann.

Urania. Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft mit den ständigen Beiliegern „Soziales Wandern“, „Der Leib“, den Liedbeigaben und den vierteljährlich beigegebenen Buchbeigaben.

Gesundheit. Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg.

Verantwortlicher Schriftleiter: H. Scheffler, Berlin. Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

Soll das Fachblatt für Holzarbeiter ein Opfer der Wirtschaftskrise werden? Eine in 27jähriger Arbeit aufgebaute Fachzeitschrift für die Holzarbeiter muß erhalten bleiben!

Zurück Dr. Muskat Orthopädie, Röntgen, Gehstörungen Berlin W 62, Kurfürstenstraße 124

SCHWANGER SCHAFT Die Not unserer Zeit und die liebere Verhütung der Empfängnis

Intarsien aller Art Katalog gegen 50 Pf. in Briefmarken. E. Biltz, Heidelberg, Theaterstraße 7.

Hobelbänke 50 RM. Zm tang, Stahlspindel, kompl. laQual. Blatt la gedämpft, Rotbuche, Garantie.

Günstig für Anfänger, Glaser oder Schreiner! Eine Glaserei-Einrichtung ohne Maschinen ist altershafter billig zu verkaufen in Mannheim.

Mit Abbildungen / Preis 1,80 Mk. Alles, was über die intimen Beziehungen zwischen Mann und Weib zu sagen ist, wird hier — durch Abbildungen trefflich erläutert — in offener klarer Weise eingehend besprochen.

Leimöfen, Furnierböcke fabriziert als Spezialität Preisl. gratis Paul Ott, Stuttgart, Hermannstraße 13

Gummiwaren Hygienisch, Artikel Preisliste 0 gratis. „Medicus“ Berlin SW 68, Alle Jakobstraße 8.

Kauft eure Bücher nur über die Verlagsanstalt des Deutsch-Holzarbeiter-Verbandes Sie liefert alle im Buchhandel bisher erschienenen Werke.

Original-süddeutsche Hobelbänke 55 Mark Werkzeuge - Neuheiten! Preisliste gratis und franko OTTO BERGMANN BERLIN - LICHTERFELDE - WEST.

Praktische Geschenke von bleibendem Wert sind gebundene Jahrgänge Fachblatt für Holzarbeiter Eine Bibliothek von etwa 10 laufenden Jahrgängen ist für jeden Holzarbeiter ein Schatz von großem Werte.

Ergänzt durch einen 72seitigen Katalog Neuzeitliche Möbel enthält: Wohn-, Speise-, Herren-, Schlafzimmer-, Küchen-, Vorplatzmöbel: Stühle und Tische, Stuhlwagen, Klein- und Polstermöbel aller Ausführungen

Gewaltige Mengen Waren würden enorm billig erworben! Deshalb jetzt diese rätselhaften Preise! Ziele Preise sind sofort ungültig, wenn ein Anferat mit höheren Preisen erscheint.